

Angela Merkel, Vorsitzende der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, lieber Herr Bsirske, sehr geehrte Delegierte des 1. ordentlichen ver.di-Kongresses, das war mir gar nicht bewusst: ver.di gibt es jetzt schon so lange, dass man sich gar nicht vorstellen kann, dass es außer dem Gründungskongress noch keinen ordentlichen Gewerkschaftskongress gab.

Ich bin gerne Ihrer Einladung gefolgt und teile die Auffassung, dass es auch dann notwendig ist, in einer demokratischen Gesellschaft sich zu verständigen, immer wieder das Gespräch zu suchen und vor allen Dingen die Argumente auszutauschen, wenn man unterschiedlicher Meinung ist.

Nun hat die ver.di-Jugend sich hier entschlossen, mir einen besonders freundlichen Empfang zu bereiten und das anzusprechen, was ihr besonders wichtig ist. Dazu zwei Dinge. Erstens habe ich außerordentlich großes Verständnis dafür, dass das Thema Ausbildungsplätze das Thema ist, das junge Menschen in ganz besonderer Weise bewegt - aber glücklicherweise in diesem Lande nicht nur die Jungen, sondern auch die, die älter sind, die verantwortlich sind, die Gewerkschaften und viele andere mehr.

Deshalb will ich auch mit dem Thema beginnen: Was machen wir, um mehr Ausbildungsplätze zu bekommen? Auch ich gehöre zu denen, die sagen, jeder Jugendliche sollte die Chance haben, in einer Ausbildung, möglichst in einer betrieblichen Ausbildung ein Fundament für seine Zukunft zu legen. Deshalb kann es nur Streit geben über den Weg, wie man das macht.

Nun sagen Sie, das Ziel erreichen wir besser, wenn wir ein Umlageverfahren machen. Man kann auch sagen, das Umlageverfahren ist nicht einfach des Teufels. Die Bauwirtschaft hat es ja seit langem. Deshalb kann man in der Bauwirtschaft auch sehen, ob es zu etwas geführt hat. Gerade in der Bauindustrie, die dieses Instrument benutzt hat, die damit sicherlich auch Jugendlichen Ausbildung verschafft hat, bekommen heute aber erheblich weniger junge Menschen einen Ausbildungsplatz, als das vor zehn Jahren der Fall war.

Daran sehen Sie das Problem. Wie viel Ausbildungsplätze es gibt, hängt nach meiner festen Überzeugung mit der Frage zusammen, wie viele Betriebe es gibt und wie viele Betriebe die wirtschaftliche Kraft haben, Ausbildung auch zu leisten. Da ist die Tatsache, dass die Zahl der Auszubildenden in der Bauwirtschaft sich verringert hat, weil die Zahl der Beschäftigten und der Betriebe zurückgegangen ist, aus meiner Sicht die Antwort, dass Ausbildungsplätze vor allen Dingen dann entstehen, wenn es Betrieben gut geht.

Meine Damen und Herren, ich liege im Streit mit der Bundesregierung, weil diese aus meiner Sicht eine Gruppe in der Bevölkerung, die besonders viel für Ausbildung getan hat, nämlich dem Handwerk, in diesem Jahr den Fehdehandschuh entgegengestreckt hat und nicht versucht, mit dem Handwerk Reformen zu machen, sondern gegen das Handwerk. Das führt wiederum dazu, dass es noch weniger Ausbildungsplätze gibt. Sie können ein Umlageverfahren staatlich doktrinieren. Trotzdem werden sich weniger Handwerksbetriebe entscheiden, betriebliche Ausbildung durchzuführen, und nicht mehr.

Jetzt kann man sagen, wir wollen durch die Umlage außerbetriebliche Ausbildung fördern. Dann sage ich Ihnen nur: Schauen Sie sich das in den neuen Bundesländern an. Dort hat man richtigerweise immer und immer wieder über die 13 Jahre nach der deutschen Einheit Unterstützung geleistet. Das hat nicht dazu geführt, dass die betriebliche Ausbildung besonders gut auf die Beine gekommen ist. Nein, das führt geradewegs dazu, dass die betriebliche Ausbildung geschwächt wird und immer mehr in die außerbetriebliche Ausbildung gehen. Damit gerät das deutsche Ausbildungssystem, das duale Ausbildungssystem auf immer schwächere Füße. Deshalb verspreche ich mir von einer Ausbildungsumlage nichts. Wir müssen vielmehr etwas tun, damit es den Betrieben besser geht. Diese Meinungen sollten wir miteinander ausgetauscht haben.

Da die ver.di-Jugend nun gerade hier mit so vielen Mitgliedern steht, sage ich es mal ganz freundlich: Das Video, das Sie jetzt zeigen und von dem Sie glauben, dass es die jugendgerechte Form ist, um auf die Situation im Lande hinzuweisen, das kann nicht der Weg sein. Wir können nicht miteinander gegen Gewalt in den Medien kämpfen, wir können nicht für eine gute Zukunft kämpfen und die Realität in unserem Land so darstellen, als wären wir hier eine Sekunde vor dem Untergang oder schon gerade dabei. Meine Damen und Herren, Deutschland ist in einer schwierigen Situation, keine Frage. Aber wir dürfen auch nicht die Hoffnung, den Weg und den Vergleich verlieren zu den Problemen, die es noch geben könnte. Wenn ich da richtig aggressive Szenen sehe, halte ich das für unangemessen. Dann hat das auch mit dem Optimismus, den junge Leute haben sollten, aus meiner Sicht nichts zu tun. Ich habe es auch zu meiner Jugendorganisation gesagt, die sich sehr drastisch über die Frage der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten für die heutigen Jugendlichen in der Zukunft geäußert hat.

Deshalb meine Bitte an Sie, die etwas älteren Delegierten: Reden Sie noch einmal darüber mit Ihren jungen Leuten. Wir geraten ansonsten in eine Situation, in der wir anderen jungen Menschen, die nicht organisiert sind in politischen Parteien oder Organisationen, außer Frustration nichts mitteilen. Ich bin mir ziemlich gewiss, auch wenn Sie dazu öffentlich nichts sagen werden, dass auch bei Ihnen mancher ist, der seine Zweifel hat, ob das der richtige Weg ist, auf Probleme junger Leute aufmerksam zu machen.

Meine Damen und Herren, es ist unstrittig: Deutschland hat riesige Probleme. Diese Probleme werden ganz wesentlich auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgetragen. Ich habe mit Ihrem Vorsitzenden, dem ich zur Wiederwahl ganz herzlich gratuliere, des Öfteren darüber gesprochen: Was ist Ursache, was ist Wirkung, wie kann man die Dinge verändern?

Und ver.di ist eine Gewerkschaft, die nach meiner festen Auffassung die Veränderungen, die sich aus der Globalisierung ergeben, in ganz besonders dramatischer Weise mitbekommt. Sie sind - ich kann das mit Geschichten aus meinem Wahlkreis, aus vielen anderen Bereichen belegen - im Augenblick in vielen Bereichen, wenn ich mal den des öffentlichen Dienstes nehme, immer an der Kante. Besitzstände, die ja erworben wurden, werden durch Ausgründungen, durch Privatisierungen einfach in Frage gestellt, man setzt Sie in ein ganz anderes Arbeitsumfeld hinein.

Wenn ich die Privatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs zum Beispiel in einigen Bereichen der Bundesrepublik Deutschland anschau, geht es da gar nicht um die Frage, ob man ein halbes, ein Prozent mehr oder ein Prozent weniger bekommt. Wenn das passiert, geht es knallhart um wirkliche Lebensstandardverluste. Da sollten Sie wenigstens wissen, wenn wir schon in den Lösungsmethoden oft nicht einer Meinung sind, dass uns das bewusst ist.

Im Augenblick ist es so, dass im Beamtenbereich, zum Beispiel was Arbeitszeit, was Selbstbehalte bei der Beihilfe anbelangt, massiv eingegriffen wird. Die Frage ist jetzt: Was passiert mit den Angestellten? Die Angestellten sind ja in vielen Phasen der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit den Beamten gleichgestellt gewesen. Ich sage Ihnen eigentlich nur als Ratschlag, wenn man das darf seitens der Politik: Sperren Sie sich nicht gegen jede Veränderung bei Maßnahmen, die noch einigermaßen vernünftig sind, wie zum Beispiel Arbeitszeitverlängerung. (Widerspruch - Unruhe) - Ich habe jetzt von Ihnen auch keine Zustimmung erwartet. Ich muss aber auch hier sagen, was ich sonst sage - es hat ja auch gar keinen Sinn, hier etwas anderes zu sagen: Sperren Sie sich nicht an dieser Stelle. Die Konsequenz, wenn Sie sich sperren, wird für Tausende und Abertausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine viel kompliziertere sein.

Damit bin ich gleich beim ersten Thema: mehr Arbeit. Da wird natürlich gesagt: Wenn schon vier Millionen Menschen arbeitslos sind, was macht es dann für einen Sinn, wenn diejenigen, die Arbeit haben, noch länger arbeiten? Dann soll man doch lieber mehr Leute einstellen.

Jeder, der als Betriebsrat in einem Betrieb arbeitet, weiß, dass die Realität so natürlich nicht funktioniert. Die Realität in Deutschland ist, dass zu wenig Leute eingestellt werden und dass lieber denen, die einen Job

haben, noch Überstunden aufgebürdet werden, weil man natürlich wegen der Komplikationen im Arbeitsrecht, beim Kündigungsschutz, wegen der zusätzlichen Kosten dieses Neueinstellen von Menschen scheut. (Zuruf: Sie haben keine Ahnung!)

Meine Damen und Herren, das ist nach meiner festen Überzeugung eines unserer Grundprobleme: Die Zahl derjenigen, die Arbeit haben, wird kleiner. Wenn Sie sich einmal die Arbeitslosenstatistik der Bundesanstalt anschauen, dann sieht das alles nicht so dramatisch aus. Aber wenn Sie sich einmal die Zahlen des Bundesamtes für Statistik darüber anschauen, wie sich zwischen dem letzten Jahr und diesem Jahr die Zahl der Beschäftigten verändert hat, dann sehen Sie, dass wir im Augenblick 650.000 weniger Beschäftigte haben als vergangenes Jahr um diese Zeit. Dann verstehen Sie auch, warum die Rente in der Situation ist, in der sie jetzt ist, warum beim Gesundheitssystem nichts besser wird, warum die Steuerschätzungen so ausfallen, wie sie ausfallen. Dies alles ist so, weil die Zahl der Beschäftigten - und dies ist die einzige Größe, die zählt, wenn es um soziale Sicherheit geht - abgenommen hat.

Die Frage ist: Was machen wir denn, wenn wir alle sehen, es ist Globalisierung, der Wettbewerb zwischen den Ländern nimmt zu, wir können uns nicht abschotten und wir wollen uns auch nicht abschotten? Was kann darauf die Antwort sein? Da kann man ja noch sagen: So wie in Amerika wollen wir es nicht haben. Das unterschreibe ich. Aber, meine Damen und Herren, warum wir 200 Stunden im Jahr weniger arbeiten als die Schweizer, das zu erklären wird dann schon komplizierter sein. Deutschland hat die geringsten Jahresarbeitszeiten, die längsten Urlaubszeiten, die meisten Feiertage. (Unruhe) Das können Sie alles nachrechnen, das ist so.

Wenn Sie vor der Frage stehen - und wenn Sie dies im Betrieb zu entscheiden haben, entscheiden Sie sich ja auch ganz anders -, bei gleichem Lohn ein oder zwei Stunden in der Woche länger zu arbeiten, statt den Wegfall des Betriebes oder den Verzicht von Erweiterungsinvestitionen in Kauf zu nehmen, dann fällt ja heute in Tausenden und Abertausenden von Betrieben schon genau diese Entscheidung.

Meine Damen und Herren, Sie wissen doch, wie viele Betriebe kein Weihnachtsgeld oder kein Urlaubsgeld zahlen können. Sie wissen auch, dass es immer mehr Betriebe gibt, die alles daran setzen, möglichst schon gar nicht mehr tarifvertraglich gebunden zu sein. Das halte ich dann für die eigentliche Katastrophe. Denn die Frage, ob es Ihnen, einer Gewerkschaft wie ver.di, gelingt, den Ihnen zugeordneten Beschäftigtenbereich noch einigermaßen repräsentativ durch gewerkschaftliche Tarifabschlüsse abzudecken, und zwar legitimiert durch Gewerkschaftsmitglieder, wird in fünf oder zehn Jahren in der Weise zu beantworten sein, ob diese Gewerkschaft denn überhaupt noch die

Legitimation hat, Tarifverträge so abzuschließen, wie sie das heute tun kann. Deshalb müssen Sie sich mit den Fragen auseinander setzen, die mir jedenfalls an vielen Stellen begegnen.

Ich sage Ihnen ganz eindeutig: Ich möchte, dass es Gewerkschaften gibt, ich möchte, dass es einen starken DGB als Ganzes gibt, ich möchte, dass die Gewerkschaften keine Verlängerungen der Parteipolitik sind, sondern sich dem Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verantwortlich fühlen. Aber Ihr Interesse muss auch sein - und nur deshalb gibt es in Deutschland die Tarifautonomie -, dafür Sorge zu tragen, dass die Zahl der Beschäftigten nicht immer weiter abnimmt. Sie müssen genauso wie die Arbeitgeber einen Beitrag dazu leisten, dass die Beschäftigtenzahlen in Deutschland wieder steigen. Das ist die Aufgabe der Politik. In einem Land, in dem es Tarifautonomie gibt, ist das aber auch die Aufgabe der Tarifpartner. Deshalb müssen wir über die Wege sprechen. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn eine oder zwei Stunden Mehrarbeit in der Woche einen Beitrag dazu leisten, dann gibt es überhaupt keine Gründe mehr, Betriebe abwandern zu lassen.

Und der Wettbewerb wird härter werden; das wissen Sie, das spüren Sie, das fühlen Sie. Wenn wir keine Beschäftigung und kein Wachstum mehr in diesem Land haben, wie es in diesem Jahr der Fall ist, dann wird die Folge für dieses Land sein, dass die Defizite in den sozialen Sicherungssystemen größer werden. Wenn Sie sich dann immer noch nicht langfristig Gedanken darüber machen, was Sie mit den sozialen Sicherungssystemen machen, dann werden Sie Woche für Woche solche Notoperationen haben, wie wir sie am letzten Sonntag wieder erlebt haben.

Meine Damen und Herren, Sie waren wahrscheinlich mehrheitlich 1998 mit dabei, als der Herr Bundeskanzler sagte, was das für eine Unanständigkeit gegenüber seiner Mutter sei, den demographischen Faktor einzuführen. Wir hatten das gemacht, weil wir genau wissen und damals schon absehen konnten - das war für uns ja auch nicht einfach -, dass der Alterungsprozess in unserer Gesellschaft die Last auf die Beitragszahler, nämlich die Jüngeren, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so groß machen wird, dass das einen unglaublichen Druck hinein in die Schwarzarbeit und zu Lasten der legalen Beschäftigung ausüben wird. Wir sind damals von der SPD gescholten worden. Die Gewerkschaften haben sich hinter die SPD gestellt. Und heute, fünf Jahre später? Drei Nullrunden für die Rentner, nächstes Jahr zum ersten Mal eine faktische Minusrunde durch Oktroyierung des gesamten Pflegebeitrags, Aberkennung der Ausbildungszeiten, Gesundheitsreform, 20 Milliarden Euro Belastung für die Versicherten. Es kann aber nicht das Prinzip sein, dass wir uns von Notoperation zu Notoperation hangeln, wir müssen langfristig wieder die Weichen richtig stellen. Und da kommt jetzt die rot-grüne Koalition zu genau den gleichen Aussagen wie wir: Wir brauchen einen Faktor, der den Rentenanstieg dämpft. So, wie es jetzt gelaufen ist, aber haben wir fünf Jahre versäumt. Und wenn wir noch fünf Jahre versäumen, dann geht die

Demographie erst richtig los.

Nun kann man sich dagegen wehren. Man kann aber auch sagen, das wollen wir alles nicht zur Kenntnis nehmen; denn wir leben heute. Aber wir erleben ja im Augenblick, dass wir in einer Situation sind, in der nicht nur die CDU mit Ihnen unterschiedlicher Meinung ist, sondern in der Sie leider mit allen politischen Parteien unterschiedlicher Meinung sind, jedenfalls mit allen, die politische Verantwortung tragen. Ich habe neulich bei den Kolleginnen und Kollegen von der IG Metall die Frage gestellt, ob das nur an der Politik liegt oder ob das vielleicht auch daran liegt, dass sich manch einer noch nicht völlig den Gegebenheiten angepasst hat, unter denen wir alle miteinander leben.

Ich sage Ihnen übrigens noch dazu, damit hier kein Missverständnis entsteht - wir sind ja alle Menschen und irgendwie harmoniesüchtig: Mir macht es auch mehr Spaß, ab und zu auch einmal etwas Angenehmes verkünden zu können. Glauben Sie, man geht gerne in die Politik, um unentwegt Hiobsbotschaften, schlechte Nachrichten, Kürzungen und Einschnitte mitteilen zu müssen? Wir sind doch keine Masochisten. (Leichte Heiterkeit) Aber wir müssen doch versuchen, für die Probleme, die wir haben, Lösungen zu finden.

Nun gibt es immer wieder diese Feststellung - darüber habe ich mit Herrn Bsirske schon des Häufigeren diskutiert -: Wir sind uns einig, dass wir Wachstum brauchen. Aber die Frage ist, wie wir zu Wachstum kommen. Wenn ich mir jetzt anschau, welche Möglichkeiten wir haben, dann kann man sagen, wir müssen die öffentlichen Investitionen stärken. Aber, meine Damen und Herren, jetzt gucken Sie sich bitte einmal an, was uns Herr Eichel jeden Tag mitzuteilen hat. Der wollte in diesem Jahr 18 Milliarden Euro Neuverschuldung aufnehmen. Dann war er eine Woche lang bei 42 Milliarden, jetzt ist er bei 44 Milliarden Euro Neuverschuldung. Und gestern hat er dem staunenden Publikum mitgeteilt, dass seine 30 Milliarden für das nächste Jahr auch nicht richtig sind, sondern dass es bestimmt zehn mehr werden. Und die Wachstumsprognosen für das nächste Jahr kann er auch schon wieder anfangen herunterzudrücken. Ich sage dies auch einmal besonders in Richtung der jungen Leute, die hier stehen: Wir zahlen das alles nicht mehr zurück; Sie zahlen das. Sie haben am Schluss Zinslasten in den öffentlichen Haushalten, sodass die Investitionsmöglichkeiten dann noch geringer sein werden.

Welches ist aber jetzt die Antwort? Noch ein richtig großes öffentliches Investitionsprogramm? Noch ein paar Milliarden auf Pump aufnehmen? Ich kann das nicht richtig heißen, und ich glaube auch nicht, dass uns das aus der Bredouille führt.

Deshalb müssen wir uns andere Wege überlegen. Diese Wege heißen für mich einmal, dass man sich offener gegenüber Forschung und Entwicklung zeigt. Ich habe das ja jetzt wieder bei der Gesundheitsreform erlebt. Da

wird dann laut darüber gesprochen, dass es ja noch die Pharmedien gebe, die sich sowieso dumm und dämlich verdienen. Nun kennt Herr Bsirske sicherlich Herrn Schmoldt; der wird ihm ab und zu wohl auch erzählen, wie die Lage dort ist. Man kann das machen, was sie jetzt gemacht haben. Ich habe dazu sogar meine Hand gehoben. Sie entwickeln Medikamente neu. Nach zwölf Jahren sind sie fertig. Dann haben sie sechs Jahre Patentschutz. In den sechs Jahren nehmen sie relativ hohe Preise für ihre Medikamente. Wir haben gesagt: Für all die Medikamente, die jetzt unter Patentschutz auf dem Markt sind, 16 Prozent Abschlag in die Krankenkasse.

Sie müssen sich nur fragen: Wie oft kann man so etwas machen, ohne dass sich die Betriebe entscheiden, ihre Medikamente nicht mehr in Deutschland zu entwickeln? Die amerikanischen Firmen haben schon mitgeteilt, was für Schlussfolgerungen sie daraus ziehen. Die deutschen Firmen wissen auch, dass sie inzwischen alle Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in Amerika haben. Es ist manchmal nur ein kleiner Schritt, das Land zu verlassen. Meine Damen und Herren, man kann sich dazu Fragen stellen. Für die Medikamente, die auf der Welt entwickelt werden, ist es völlig egal, ob Bayer Leverkusen in Leverkusen sitzt oder ob Bayer Leverkusen irgendwo in Amerika sitzt. Aber für die Menschen in Deutschland ist es nicht egal, ob Bayer Leverkusen hier oder dort ist. Das gilt für jeden einzelnen Arbeitsplatz. Wenn uns in diesem Raum etwas verbindet, ist es die Tatsache, dass Sie für Deutschland zuständig sind - und wir als Politiker auch.

Ich bin keine karitative Veranstaltung, die dauernd Arbeitsplätze in andere Länder geben will, sondern meine Aufgabe ist es, Bedingungen zu schaffen, damit in Deutschland Arbeitsplätze entstehen können, und zwar möglichst Arbeitsplätze, die nicht im Niedriglohnbereich sind, sondern Arbeitsplätze, aus denen man wirklich Wohlstand erwirtschaften kann. Gucken Sie sich die Entwicklung an: Unsere Automobilindustrie steht ganz gut da; der Maschinenbau steht ganz gut da. In den innovativen Bereichen haben wir erhebliche Schwierigkeiten. Wir haben weder von der Entwicklung des Computers, von der Entwicklung des Internets noch von all dem, was mit der Wissens- und Informationsgesellschaft verbunden ist, ausreichend Teile des Wachstums bekommen - in ganz Europa übrigens nicht.

Wir Europäer können jetzt sagen, das ist uns egal; dann wird die Antwort heißen, dass unser Wohlstand sinkt. Oder wir können sagen, es ist uns nicht egal, und wir geben uns Mühe, das zu verändern. Es wird jetzt in Europa eine Chemikalienrichtlinie gemacht. Sie ist mit Sicherheit nicht dazu angetan, die Chemie nach Europa zu ziehen. Wir machen im Augenblick eine CO₂-Zertifizierungssorge. Das wird eine muntere Geschichte für alle energieintensiven Betriebe. Das interessiert Sie hier vielleicht nicht so sehr. Aber das wird auch nicht dazu beitragen, dass mehr Arbeitsplätze nach Europa kommen.

Wir beschäftigen uns mit großer Leidenschaft mit dem Dosenpfand. Dadurch sind wahrscheinlich auch wieder 10.000 Arbeitsplätze weg. Und wenn der Staatssekretär im Umweltministerium den Betriebsräten in den betroffenen Betrieben erklärt, es sei Sinn der Veranstaltung gewesen, dass in Deutschland keine Dosen mehr produziert werden, sage ich: Das kann man alles machen, aber es geht auf Kosten unseres Wohlstandes in unserem Land.

Deshalb hat die CDU einige Konzepte, die relativ unpopulär und schwierig sind. Mir ist es zum Beispiel sehr, sehr schwer gefallen - ich bin nach wie vor der Meinung, das sollte man so weit wie möglich anders machen; wir haben es etwas modifiziert -, aber wenn wir schon Kürzungen im sozialen Bereich, zum Beispiel bei der Auszahlung des Arbeitslosengeldes, vornehmen, sollten wir die Lebensarbeitszeit dabei berücksichtigen. Ich habe kein Verständnis, dass man den 35-Jährigen genauso wie den 55-Jährigen behandelt. Deshalb haben wir zum Beispiel gesagt, das Arbeitslosengeld für Ältere ist länger zu zahlen als für Jüngere, weil die Chancen, wieder in den Beruf zu kommen, unterschiedlich sind. Darüber streite ich mich gerne mit den Puristen von Versicherungsprinzipien, die sagen: Das ist ein Risiko, und es muss jedes Mal gleich ausgeglichen werden. Die Chancen sind einfach unterschiedlich. Deshalb muss solch eine Versicherung für unterschiedliche Chancen eintreten.

Meine Damen und Herren, wir haben gesagt: Wir müssen beim Kündigungsschutz etwas ändern. Darauf kann man antworten: Das brauchen wir nicht. Ich sage: Das wäre für Deutschland gut, weil unter dem Strich in Deutschland mehr denn weniger Arbeitsplätze entstehen. (Lachen) - Nun können Sie wieder lachen; das ist möglich. Aber ich glaube, Sie haben sowieso verordnet bekommen, eher nichts zu sagen. Aber wenn es gar nicht anders geht, können Sie sich ruhig ein bisschen äußern. (Zurufe) - Keine Aufregung!

Gucken Sie sich die Gegebenheiten in Österreich an. Sozialein ist nicht unbedingt damit verbunden, dass nun der Kündigungsschutz so bleibt, wie er ist, sondern es ist die einzige Frage: Ob etwas sozial ist, entscheidet sich daran, ob es Arbeitsplätze bei uns gibt; denn nichts wird sozial sein, wenn es keine Arbeitsplätze gibt. Wir haben ein besonders heißes Thema angeschnitten, über das wir im Augenblick mit keiner der Gewerkschaften sprechen können. Das sind die betrieblichen Bündnisse für Arbeit. Sie schließen in vielen Fällen solche betrieblichen Bündnisse für Arbeit. Das funktioniert sehr gut. Es ist die Frage, ob das ausreicht oder ob wir Politiker nicht einen gesetzlichen Rahmen dafür schaffen sollten. Wir glauben, dass Investoren leichter und vermehrt nach Deutschland kämen, wenn sie dafür rechtskräftig die Möglichkeit hätten, im Falle von betrieblichen Schwierigkeiten von den Tariflöhnen abzuweichen.

Meine Damen und Herren, wenn ein Betrieb einen Sozialplan hat, stimmen

Sie ja überein, dass das geht. Ich bin der Meinung, es ist ab und an besser, man verzichtet darauf und verhindert, dass es zu einem Sozialplan kommt, man zieht die Bremse vorher und verständigt sich auf abweichende Lösungen. Ich bin sehr gespannt, ob es den Tarifparteien, an dieser Stelle DGB und Arbeitgebern, gelingt, einen gemeinsamen Vorschlag zu machen, wie die Gewerkschaften sich das vorstellen. Aber bisher ist es dazu nicht gekommen. Wir schlagen rechtliche, gesetzliche Änderungen vor.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme sagen. Zur Rente hatte ich schon angedeutet, dass wir nicht umhin kommen, auf die Veränderung des Altersaufbaus zu reagieren. Wir werden 2030 eine massiv andere Situation haben, was den Altersaufbau anbelangt, als heute. Das heißt, wir dürfen die Last nicht auf die Jungen schieben und vor allem nicht auf die, die Kinder erziehen, sondern wir müssen die Last gleichmäßig verteilen. Das bringt unser Rentensystem an die Grenzen seiner Belastbarkeit. Zu Zeiten von Bismarck haben sechs Arbeitnehmer für einen Rentner gearbeitet, und dieser eine Rentner hatte eine Lebenserwartung von zwei Jahren, nachdem er aus dem Beruf ausgeschieden war. Im Jahre 2030 werden 1,7 Arbeitnehmer für einen Rentner im Umlageverfahren arbeiten müssen, und dieser Rentner wird erfreulicherweise eine Lebenserwartung von noch ungefähr 20 Jahren nach dem Ausscheiden aus dem Beruf haben.

Jetzt können Sie sich vorstellen, was das für eine Belastung ist. Dagegen kann man sich wehren und sagen: Das ist alles nichts. Das bedeutet nichts weiter, als dass die Rente nicht mehr Lebensstandard sichernd, sondern bestenfalls Existenz sichernd sein wird. Und das bedeutet, dass ziemlich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach 45 Lebensarbeitsjahren eine Rente bekommen werden - wenn überhaupt -, die knapp über der Sozialhilfe liegt. Meine Damen und Herren, man kann das ignorieren. Man kann aber auch versuchen, sich darauf vorzubereiten und vor allem den Jungen zu sagen, wie es kommen wird. Und entweder geben wir Steuergelder hinein, oder wir müssen uns überlegen, wie wir eine vernünftige private Vorsorge organisieren.

Gott sei Dank ist jetzt erreicht worden, dass die Riester-Rente entschlackt und entbürokratisiert und danach vielleicht von mehr Menschen angenommen wird. (Delegierte mit weißen T-Shirts mit der Aufschrift „Sozialstaat hat Zukunft - ver.di NRW“ stellen sich mit dem Rücken zur Rednerin und zeigen die rote Karte) Ich komme zum Thema Gesundheit. Ich sage Ihnen: Das ist das allerschwierigste soziale Sicherungssystem, weil wir nicht nur die älter werdende Bevölkerung zu berücksichtigen haben, sondern weil wir auch den medizinischen Fortschritt allen zugute kommen lassen wollen.

Ich bitte Sie, einmal unvoreingenommen über die Frage nachzudenken, wie eigentlich heute der solidarische Ausgleich im Gesundheitssystem

organisiert wird. Zum solidarischen Ausgleich im Gesundheitssystem trage ich nichts bei. Ich bin privat versichert, zahle meine eigenen Gesundheitsbeiträge, genau so viel, wie anfallen, versicherungsmathematisch fein berechnet. Solidarität übe ich nicht. Zur Solidarität im Gesundheitssystem tragen heute nur die bei, die gesetzlich krankenversichert sind, und dann auch nur bis zu einer Einkommenshöhe bis zu 3.500 Euro. Wer darüber verdient, muss sich an der Solidarität mit allem, was er darüber verdient, nicht beteiligen. Wer von Kapitaleinkünften, Zinseinkünften oder Mieteinkünften lebt, braucht sich auch nicht zu beteiligen. Das heißt, die Last in den Solidaritätssystemen tragen all die, die über 2.500 und bis zu 3.500 Euro verdienen. Das sind die gut ausgebildeten Facharbeiter, vielleicht noch mit ein paar Überstunden.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung - und deshalb votiere ich für einen solidarischen Ausgleich über das Steuersystem -, dass sich alle mit allen Einkünften in Zukunft an dem Solidaritätsausgleich des Gesundheitssystems beteiligen müssen. Dieses System wird kaputt gehen, wenn wir es nicht anders organisieren. Wir schaffen doch gar nicht noch zwei solche Gesundheitsreformen, wo wir dann den Versicherten noch weitere 20 Milliarden Euro Eigenbeteiligung aufdrücken. Die gehen doch an den Rand der Belastbarkeit. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass wir etwas tun.

Ich glaube, dass wir die wettbewerbsfähigste Möglichkeit bekommen, im System auch wirklich daran zu arbeiten, wenn wir uns für ein Prämienmodell entscheiden, indem wir also sagen: Jedem werden erst einmal die Kosten zugeordnet, die für die Erhaltung seiner Gesundheit entstehen, und zwar geschichtet nach Alter, weil bei älteren Menschen höhere Kosten für ihre Gesundheit anfallen. Da wird dann gesagt: Die Sekretärin zahlt so viel wie der Chef. Meine Damen und Herren, nein, der Chef und die Sekretärin brauchen gleich viel Geld, damit sie wieder gesund werden. Genau das entspricht auch unserem Menschenbild: Die medizinische Behandlung einer Sekretärin ist nicht weniger wert als die medizinische Behandlung eines Chefs.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es richtig und wichtig, den Solidaritätsausgleich im Gesundheitssystem auf breitere Füße zu stellen, natürlich mit gleichen Kosten für jeden Menschen, aber denen, die die Kosten nicht tragen können - deshalb haben wir bei der Belastung auch eine Obergrenze eingezogen -, einen solidarischen Ausgleich zu geben, und zwar nicht in Form von Bedürftigkeit, sondern indem wir es direkt zuweisen, genauso, wie wir es beim Kindergeldausgleich machen.

Sie können sich auch dagegen sperren, aber Sie werden sehen, dass wir sonst in eine ganz fatale Situation im Gesundheitssystem kommen. Die, die einen Arzt kennen, die jung und leistungsstark sind, die ein paar medizinische Fachkenntnisse haben, werden gut behandelt, und die

anderen werden aufs lange Gleis geschoben. Das nennt man Zweiklassen-Medizin und das möchte ich nicht.

Deshalb bitte ich Sie einfach: Sperrten Sie sich nicht gegen notwendige Veränderungen. Es wird nur schwieriger. Wer zu spät die Weichen für die Zukunft stellt, wird noch mehr Probleme haben, als wir jetzt schon haben. Ich möchte, dass in diesem Lande wieder Wachstum und Arbeitsplätze entstehen. Ich möchte, dass wir, wenn ich auf den nächsten ver.di-Kongress komme, sagen können: Es sind nicht 665.000 weniger Arbeitsplätze als im Vorjahr, sondern wir sind wieder auf einem aufsteigenden Ast.

Deshalb werden wir als Opposition auch nicht einfach ganz populär gegen alles angehen, was die Regierung vorschlägt. Wir haben da viel zu kritisieren, aber wir werden den Kompromiss suchen, weil nur die Tatsache, dass wir vorankommen müssen, auch uns in der Opposition leitet. Wir sagen: Kompromisse müssen unsere Handschrift tragen, keine Frage, aber vor schmerzhaften Dingen können auch wir die Augen nicht verschließen.

Deshalb noch einmal: Lieber Herr Bsirske, meine Damen und Herren in diesem Raume, ich weiß, dass das alles nicht einfach ist. Und nehmen Sie es mir ab: In Zeiten mit drei Prozent Wachstum, in Zeiten, in denen die Dinge gut laufen, lässt sich nicht nur Gewerkschaftsarbeit, sondern auch Politik einfacher machen. Aber weder Sie noch wir sind dafür gewählt, nur immer das zu tun, was Spaß macht. Sie erleben es ja in Ihrer gewerkschaftlichen Arbeit jeden Tag.

Ich wünsche mir, dass aus Ihren Gewerkschaften die Menschen nicht weglaufen und sie verlassen, sondern dass sie wieder eintreten. Dazu brauchen die Menschen Hoffnung, und an dieser Hoffnung können Sie mitwirken, auch wenn man manchmal vielleicht etwas sagen muss, was nicht jedem gefällt.

Ich bedanke mich bei denen, die mir Aufmerksamkeit geschenkt haben.
(vereinzelt Beifall)

Ulrich Möhler, Kongressleitung

Frau Dr. Merkel, wir bedanken uns auch für Ihr Grußwort. Aber eines möchte ich an dieser Stelle doch bitte klarstellen: Wir wollen unseren Delegierten nichts verordnen. Das gibt es bei ver.di nicht. (Anhaltender starker Beifall)

Deshalb war es die Entscheidung des Kongresses, so zu agieren, wie der Kongress agiert hat. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen Delegierten,

dass sie mit großer Disziplin die Rede von Frau Dr. Merkel hier ermöglicht haben, (Beifall) trotz der guten Aktionen, die hier stattgefunden haben.

Ich möchte jetzt noch sagen, dass vieles von dem, was Sie gesagt haben, Frau Dr. Merkel, sicherlich von uns nicht widerspruchlos hingenommen werden kann. Wir haben vorhin von Dialog gesprochen. Ich möchte jetzt Frank Bsirske bitten, stellvertretend für den Kongress diesen Dialog aufzunehmen. Bitte, Frank, Du hast das Wort. (Beifall - Zuruf)

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender

Frau Dr. Merkel, gestatten Sie noch einige Anmerkungen zu dem, was Sie vorgetragen haben. Ich will mich auf einige wenige Punkte konzentrieren.

Sie haben zum Ende Ihrer Rede dazu aufgefordert, sich nicht gegen notwendige Veränderungen zu sperren. In der Tat, das ist die Diskussion, die wir führen müssen, und sie kreist um die Frage, Frau Merkel: Welche Veränderungen sind in diesem Lande notwendig? (Leichter Beifall) Es geht damit um die Frage, wohin wir dieses Land miteinander weiterentwickeln wollen.

Dazu ist in der Tat Dialog notwendig. Ich habe sehr aufmerksam Ihr eindeutiges Bekenntnis zu starken Gewerkschaften und Ihr eindeutiges Bekenntnis zu einem starken DGB in diesem Lande aufgenommen. Ich denke, dass Sie an dieser Stelle das zum Ausdruck bringen, was wir selbst auch empfinden. Wir wollen uns in die Auseinandersetzung begeben über den Weg. Nicht um das Ob von Reformen geht es gegenwärtig, sondern um das Wie. (Beifall) Es geht um das Wie und das Wohin.

Sie sind eingestiegen an einem Punkt, der uns in der Tat mit Blick auf die jungen Menschen in diesem Lande in besonderer Weise beschäftigt, nämlich am Punkt der fehlenden Ausbildungsplätze, der Ausbildungsnot und der Tatsache, dass Zehntausende, ja weit über hunderttausend Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden, dass sie im Grunde im Anschluss an die Schule in eine Abseitsfalle geraten und ihnen durch diese Verhältnisse Lebenschancen genommen werden. Diese Verhältnisse, Frau Merkel, wollen wir ändern. (Beifall)

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass trotz eines Branchenfonds in der Bauindustrie es in diesem Jahr weniger Ausbildungsplätze gibt als in früheren Jahren. Da kann man Ihnen nicht widersprechen. Nur ist weiter zu fragen, ob es ohne diesen Branchenfonds nicht noch viel weniger Ausbildungsplätze wären. (Beifall)

Wenn wir die duale Berufsausbildung für eine wichtige Einstiegsmöglichkeit, im Grunde für die beste Einstiegsmöglichkeit in die

Berufsbiografie halten, in einer Situation, in der nur noch 23 Prozent der Betriebe in diesem Land ausbilden, dann müssen wir uns fragen: Was können wir tun? Wir sagen: Wir können lernen von den Erfahrungen anderer, und wir sollten lernen von den Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren in diesem Land gemacht haben. Die Erfahrung, die wir gemacht haben, ist, dass Jahr für Jahr der Politik so im Frühsommer einfällt, dass demnächst Ausbildungsplätze fehlen werden. Wir finden, das ist ein bisschen spät, wenn sich das Jahr für Jahr wiederholt. (Beifall)

Frankreich, Dänemark arbeiten seit langen Jahren erfolgreich mit Fondsmodellen. Sie zeigen, dass dies eine Möglichkeit ist, Jugendliche aus der Abseitsfalle herauszuholen. Mir ist bisher kein besseres Modell bekannt. Wenn ich sehe, dass in unserem Organisationsbereich beispielsweise ein großes Telekommunikationsunternehmen gegenwärtig 4.000 Ausbildungsplätze hat bei einem realen Ausbildungsbedarf für das nächste Jahr von zwei Ausbildungsplätzen und wir uns intensiv darüber auseinandersetzen, wie viele hundert Ausbildungsplätze denn vor diesem Hintergrund bewahrt werden können, und gleichzeitig Arbeitgeber da sind, die selbst nicht ausbilden, aber davon profitieren, dass andere ausbilden, dann müssen sie in die Pflicht genommen werden. Das ist unsere Position, und das ist unsere Erwartung auch an die Politik. (lebhafter Beifall)

Sie haben auf diesen Videoclip hingewiesen. Dieser Videoclip rüttelt auf. Wir meinen aber auch, dass die Situation aufrüttelnd ist, dass es an der Zeit ist, Jugendliche aus der Vereinzelung herauszuholen, dass gesagt und gezeigt wird: Nicht Resignation ist die Perspektive, sondern miteinander aktiv zu werden für die eigene Zukunft. Das ist die Botschaft dieses Videoclips, und ich meine, das geht auch in Ordnung. (lebhafter Beifall)

Ich möchte einen zweiten Punkt Ihres Redebeitrages aufgreifen und darauf hinweisen, dass wir in diesem Jahr 650.000 Beschäftigte weniger haben als letztes Jahr. Sie haben das in den Zusammenhang der Globalisierung und des härter werdenden Wettbewerbs im internationalen Maßstab gerückt. Keine Frage, das sind Tatsachen, dass es diese Globalisierung gibt, dass es diesen Wettbewerb gibt. Sie haben ja gewissermaßen das Diktum von Helmut Kohl aufgenommen, der wie Sie heute schon vor zehn Jahren im Bundestag erklärt hatte: die kürzesten Arbeitszeiten, der längste Urlaub, die höchsten Löhne in der Welt, man könne doch eine Nation nicht führen wie einen Freizeitpark. Merkwürdig nur, Frau Merkel, dass wir uns in diesem Globalisierungswettbewerb und mit diesen Lohnstückkosten außerordentlich gut behaupten. (Beifall) Wie anders ist es denn zu interpretieren, dass wir gerade mal wieder Exportweltmeister geworden sind und Jahr für Jahr von Exportrekord zu Exportrekord geeilt sind? (Beifall) Wie ist das anders als durch eine nach wie vor gegebene hohe internationale Konkurrenzfähigkeit zu erklären, die ihre Substanz aus einer im internationalen Vergleich sehr günstigen Lohnstückkostenentwicklung, aus Innovationsfähigkeit zieht und darin eben auch die Auswirkung findet, dass Wettbewerbsfähigkeit in hohem

Maße gegeben ist?

Es liegt also nicht an der nach wie vor sehr starken Exportfähigkeit dieses Landes, wenn wir diese Beschäftigungsentwicklung erleben, sondern es liegt daran, dass es uns nicht gelingt - und das im dritten Jahr hintereinander -, eine lang anhaltende Binnenmarktkrise zu überwinden. Das, Frau Merkel, ist unsere Position. (Beifall)

Wir sagen, dass der Schlüssel für die Auseinandersetzung mit der Massenarbeitslosigkeit und ihren Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, die Sie ja völlig zu Recht ansprechen, in der Bekämpfung dieser Binnenmarktschwäche liegen muss. Dem kommt man aber nicht bei, wenn man sich auf einen Kurs der Aushöhlung der Staatseinnahmen begibt und die eigenen Handlungsmöglichkeiten selbst untergräbt. Es ist Legende, dass die Steuerverwaltung unterbesetzt ist und beispielsweise in einem Bundesland wie Brandenburg jedes Jahr auf Einnahmen von 1,4 bis 2 Milliarden Euro verzichtet wird, weil die Steuerverwaltung nicht ausreichend funktionstüchtig gemacht wird. (Beifall)

Sie selbst haben im Wahlkampf die Körperschaftsteuerpolitik der Bundesregierung kritisiert. Wir haben das unsererseits ebenfalls getan. Allein in diesem Bereich ist in den Jahren 2001 und 2002 auf Steuern in der Größenordnung von weit über 30 Milliarden Euro verzichtet worden. Die fehlen, wenn es um Impulse für Wachstum und Beschäftigung geht. Die fehlen, wenn es um Impulse für die Sicherung der sozialen Systeme in unserem Land geht. Und sie stellen ein Gerechtigkeitsdefizit größter Art dar, das wir bekämpft sehen wollen in diesem Land, Frau Merkel. (Beifall) Wir wollen es aber nicht dadurch bekämpft sehen, dass Lohndrückerei und Arbeitszeitverlängerung auf die Tagesordnung gesetzt werden und die Umverteilung zu den Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitslosen fortgesetzt wird. 465 Euro bekommt gegenwärtig eine Frau als Rentnerin durchschnittlich in Westdeutschland. Wohin soll die Rente eigentlich noch fallen, wenn das die Ausgangsbedingungen für den Durchschnitt der weiblichen Bevölkerung sind, Frau Merkel? (Beifall)

Wenn Sie darauf hinweisen, dass in dieser Situation dann eben gute private Vorsorge angesagt sei, dann fragen wir: Warum keine gute Versorgung im gesetzlichen Umlageverfahren? Denn was passiert, ist doch, dass propagiert wird: Holt Euch das Geld bei den kleinen Leuten. Die müssen dann das, was ausfällt, beispielsweise an Arbeitgeberbeiträgen, als Rentnerinnen, als Krankenversicherte im Gesundheitswesen aus dem eigenen Portemonnaie zahlen. Das ist eine Schlagseite, die wir als ungerecht und als unnötig empfinden; denn zu dieser Schlagseite, Frau Merkel - das ist unsere Position -, gibt es eine Alternative unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit und vor dem Hintergrund notwendiger Binnenmarkimpulse, wenn man eine andere Steuerpolitik betreibt, wenn man anders an das Thema der

öffentlichen Investitionen herangeht, als die Vorgängerregierung dies getan hat und als die jetzige Regierung das getan hat. (Beifall)

Da kann man durchaus vom Beispiel Großbritanniens lernen, wo es - das kann man ja ruhig sagen - eine konservative Regierung war, die in den frühen 90er-Jahren auf massive staatliche Defizite gesetzt hat, um aus der Krise herauszukommen, mit Neuverschuldungsraten von über acht Prozent, und die damit erfolgreich gewesen ist, jedenfalls erfolgreicher als die CDU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl und erfolgreicher als die jetzige Regierung unter Gerhard Schröder. (Beifall)

Gestatten Sie mir eine letzte Anmerkung, weil Sie an dieser Stelle der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Wachstumsimpulse mit dem Gerechtigkeitsmotiv verbinden. Wir wollen Wachstum und soziale Gerechtigkeit, und wir wollen, dass die Versprechen, die hier signalisiert worden sind, auch eingelöst werden können. Deswegen gucken wir sehr kritisch, Frau Merkel, auf eine Debatte zum Thema Kopfpauschalen, die uns als gerecht und solidarisch sozusagen rüberbringen möchte, dass die Reinigungskraft 75 Euro mehr für ihre Krankenversicherung bezahlen soll, während gleichzeitig Spitzenverdiener oder hoch Verdienende in Zukunft Hunderte von Euro weniger bezahlen sollen. Das erscheint mir nicht gerecht! (Anhaltender starker Beifall) Hier denke ich, muss ein anderer Kurs gegangen werden als der der Kopfpauschalen. Denn für uns verbindet sich mit dem Solidaritätsgedanken in der Tat nach wie vor, dass Junge für Ältere, Stärkere für Schwächere, Gesunde für Kranke eintreten. So wollen wir Solidarität verstehen und verstanden wissen. (Starker Beifall)

Zur Solidarität, Kolleginnen und Kollegen, gehört auch die Möglichkeit, sich selbst zu organisieren in freien Gewerkschaften und in und mit freien Gewerkschaften mit der Arbeitgeberseite Tarifverträge auszuhandeln, die verbindlich sein sollen und aus denen sich der Gesetzgeber herauszuhalten hat. Wir wollen keine gesetzlichen Eingriffe in die Verbindlichkeit von Tarifverträgen. Das ist eine klare Botschaft. (Anhaltender stürmischer Beifall - die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Kolleginnen und Kollegen, dass hier der Dialog gesucht wird, Frau Merkel, dass wir ihn brauchen, dass wir ihn aus kontroversen Positionen heraus fortführen müssen, das, denke ich, ist die gemeinsame Botschaft dieses Tages. Wir sind dazu entschlossen. Wir suchen den Dialog, wir sind aber auch bereit zur Mobilisierung dort, wo es um die Interessen der arbeitenden und arbeitslosen Menschen geht. Das ist unsere Botschaft für diesen Tag, und ich bedanke mich dafür, dass Sie hier ein Grußwort gegeben haben. Wir setzen den Dialog fort, Frau Merkel. (Anhaltender lebhafter Beifall - Zahlreiche Delegierte zeigen Frau Merkel beim Verlassen des Saales die rote Karte.)

Ulrich Möhler, Kongressleitung

Herzlichen Dank, Frank.